

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 948-48 ppbn d

Inhalt

Hans-Ulrich Klose, Ham-
burger Bürgermeister, un-
terstreicht die hohe
Verantwortung des Poli-
tikers.

Seite 1/2

Herta Däubler-Gmelin MdB
zu dem CSU-Vergleich von
Abtreibung mit Massen-
mord: Ist Holzgartner
im bayerischen Landesge-
sundheitsrat noch trag-
bar?

Seite 3/4

Karin Hempel-Soos, Bun-
desvorstandsmitglied der
ASL, schlägt vor, vier
stellvertretende SPD-Vor-
sitzende zu wählen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 134

17. Juli 1979

Widerspruch gegen Fatalismus und Resignation

Dialogfähigkeit der Politiker ist notwendiger denn je
von Hans-Ulrich Klose MdB
Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg,

Vor 48 Jahren, 1931, hat Karl Jaspers in seinem Buch "Die geistige Situation der Zeit" eine Vision niedergeschrieben, die Teils Tatsache geworden ist, teilweise immer noch Tatsache zu werden droht. "Die Perspektive einer Verwandlung des Planeten in eine einzige Fabrik zur Ausnutzung seiner Stoffe und Energien wird sichtbar... Wir leben in einer geistig unvergleichlich großartigen, weil an Möglichkeiten und Gefahren reichen Situation, doch müßte sie, würde ihr niemand genug tun können, zur armseligsten Zeit des versagenden Menschen werden", schrieb er damals. Und weiter: "Drohte ihm (dem Menschen) im Anfang seines geschichtlichen Weges, von den Naturmächten physisch vernichtet zu werden, so befreit jetzt die eigene von ihm hervorgebrachte Welt sein Wesen."

Diese Worte beschreiben einen Zustand der Bedrohung: Die Gefahr, daß durch Technik der Mensch physisch vernichtet oder durch die Organisation von Technik in seinen Wesen, seiner Würde, seiner Freiheit zerstört werden könnte. "Es wäre natürlich, daß der Mensch an den Mitteln zugrunde geht, die er sich zu seinem Dasein schafft."

Fast wie ein Kommentar zu dieser Warnung von Karl Jaspers klingt ein Satz des Soziologen und Philosophen Hans Lyser in seiner 25 Jahre nach Jaspers' Werk erschienenem "Theorie des gegenwärtigen Zeitalters". Er lautet: Es scheint, daß das Schreckbild einer Zivilisation, die von Menschen selbst sein durchgeformt hätte, viele nicht minder bedrohlich anmutet als die Zerstörung, deren die vervollkommnete Technik fähig geworden ist."

Wenn das so ist, dann kann niemand heute noch guten Gewissens die gefährliche, ja lebensgefährliche Widersprüchlichkeit unserer wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten leugnen. Wir befinden uns in bezug auf den technischen Fortschritt - auch ein fragwürdig gewordener Begriff: Fortschritt wohin? - nicht mehr im Stande der Unschuld. Und das Verwerfliche an dieser Situation ist, daß, obwohl all' unsere wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften von Menschen erdacht und realisiert worden sind, keiner ein so gewollt hat, Keiner hat sie in ihrer Gesamtheit und wechselseitigen Verzahnung so wollen und vorhersehen können, will nie-

mand ein Gesamtbild mehr hat, weil es keinen Grundentwurf gibt, der alle wissenschaftlich-technischen Daten im Zusammenhang und in ihren Interdependenzen umfaßt.

Vieles, was wissenschaftlich-technisch möglich ist, können, dürfen wir nicht wollen: Lebensvernichtung unvorstellbaren Ausmaßes zum Beispiel ist möglich oder die medizinisch-biologische Manipulation des Menschen. Hier stoßen wir an eine - freilich verletzbare - ethische Grenze. In anderen Bereichen stoßen wir an - leider viel härtere - ökonomische Barrieren. Auf dem Gebiet der Medizin zum Beispiel ist mehr möglich als noch finanzierbar ist.

Macht und Ohnmacht des Menschen haben vielleicht noch nie so nahe beieinander gewohnt wie heute. Die Folgen sind Unsicherheit und Angst. Und diese Angst der Menschen vor technischen Katastrophen und schleichenden, aber deshalb nicht minder bedrohlichen Umweltgefahren haben wir sehr ernstzunehmen. Wir haben diese Angst selbst dann noch ernstzunehmen, wenn sie irrational ist. Wo unbegründete Furcht entsteht, liegt häufig ein Mangel an Information vor. Ein solches Informationsdefizit ist auf dem Schuldkonto von Politik und Wissenschaft zu verbuchen.

Politiker befinden sich in der schwierigen Situation, Entscheidungen treffen zu müssen - zum Beispiel für oder gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken -, ohne die Tragweite und die Folgen dieser Entscheidungen aus eigener Sachkompetenz beurteilen zu können. Sie sind auf den fachlichen Rat der Wissenschaft angewiesen - wohlge-merkt den fachlichen Rat; denn die politische Entscheidung kann und darf die Wissenschaft uns nicht abnehmen. Die Problematik, die damit verbunden ist, die sich daraus ergibt, läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

- Erstens führt die richtige wissenschaftliche Beratung nicht zwangsläufig zur richtigen politischen Entscheidung. Bei der Umsetzung aus dem einen Bereich in den anderen sind Mißverständnisse und Reibungsverluste nicht auszuschließen.
- Zweitens gibt es in der Wissenschaft oft, wie in der Politik kontroverse Standpunkte. Wem soll der Politiker vertrauen: dem Gutachter oder dem Gegengutachter? Daß dies keine theoretische Frage ist, hat das Corleben-Hearing in Hannover gezeigt.

Das ist alles andere als Wissenschaftsschelte. Es gehört zum Wesen freier, unabhängiger Wissenschaft, daß sie sich aus Position und Gegenposition entwickelt. Das gilt in erhöhtem Maße für den prognostischen Bereich. Das verschärft aber auch das Dilemma des Politikers, der Zukunftsentscheidungen treffen muß.

Was ist zu tun? Vielleicht ist es keine exakte, womöglich ist es gar keine Antwort. Es ist weniger und mehr zugleich: ein in Vertrauen und Hoffnung gründender Widerspruch gegen Fatalismus und Resignation. Angesichts der gegenwärtig sich darbietenden Realität kann ich der Vorstellung von Gottfried Wilhelm Leibniz nicht folgen, daß diese Welt die beste unter allen möglichen sei, aber sie zu verbessern sehe ich als wichtigste Aufgabe der Politik.

Die Politiker müssen den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik intensivieren. Wir brauchen mehr Information des Bürgers durch die Wissenschaft. Denn in der Demokratie haben nicht nur die Politiker zu entscheiden, sondern auch die Bürger - zum Beispiel in ehrenamtlichen Gremien, in öffentlichen Beratungen und nicht zuletzt bei Wahlen. Der Bürger kann aber nur wählen und entscheiden, wenn er informiert ist.

Deshalb sollte die Wissenschaft sich dem Bürger gegenüber mehr öffnen. Der Bundeskanzler hat in der aktuellen Diskussion zur Kernenergie vor wenigen Wochen von einer Bringschuld der Wissenschaft gesprochen. Und das ist richtig; denn Angst ist häufig ein Ergebnis von Unwissenheit.

Ferner ist vorstellbar und erstrebenswert, daß die Wissenschaft durch noch mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Lage versetzt wird, wenn nicht das Ganze, so doch Teilkomplexe besser zu überschauen. Als wichtige Bereiche nenne ich die Friedensforschung und die Zukunftsforschung.

Schließlich werden alle lernen müssen, daß es ein unbegrenztes Wachstum nicht geben wird - nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, aber auch gegenüber den Völkern der Dritten Welt.

(-/17.7.1979/vo-he/gat)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Eine neue Geschmacklosigkeit der CSU

Ist Holzgartner im bayerischen Landesgesundheitsrat noch länger tragbar?

Von Herta Däubler-Gmelin MdB

Mitglied im Rechtsausschuß

Der Vorgang ist schon unglaublich: Da wird jahrzehntelang unter übelsten, gefährlichsten und entwürdigendsten Umständen illegal abgetrieben - viele zehntausend Mal im Jahr, besonders häufig in konservativen Gegenden mit wenig aufgeklärter Bevölkerung; da werden in Not geratene Frauen zusätzlich finanziell ausgebeutet - auch durch Ärzte.

Da nimmt sich endlich ein Bundestag dieser unhaltbaren Zustände an. Er ringt um Wege wie geholfen werden, wie Leben - Ungeborenes und das der schwangeren Frau - besser geschützt werden kann. Er stellt nicht nur klar, daß Schwangerschaftsabbrüche heute vielfach durch Förderung der Sexuaufklärung durch Sexualkunde an den Schulen, durch Beratung über Schwangerschaftsverhütung und Familienplanung verhindert werden müßten und könnten. Die von ihm getragene Regierung der sozialliberalen Koalition unternimmt darüberhinaus vielmehr erstmals wirksame Schritte, um auf diesem Weg weiterzukommen. Sie gibt viel Geld aus für Aufklärung, Beratung und Hilfe. Da stellen die Frauen in "schwarz-regierten" Ländern mit Bitterkeit fest, daß gerade sie außer Sonntagsreden und Moralpredigten von ihren Landesregierungen wenig Hilfe erhalten. Da wird gerade in solchen Ländern die Sexualerziehung in Schulen angefeindet und eingeschränkt und für Beratungsstellen jeglicher Art ist von konservativer Seite natürlich zu wenig Geld da. Vor diesem Hintergrund - drei Jahre, nach dem der Bundestag beschlossen hat, Schwangerschaftsabbrüche dann nicht strafbar zu lassen, wenn dies wegen der zugrundeliegenden medizinischen oder sozialen Notlage geboten ist, wobei Ärzte ein entscheidendes Wort mitzureden haben - da meldet sich ein Arzt aus Bayern zu Wort: Nicht irgendwer, sondern ein Mitglied des bayerischen Landesgesundheitsrates, ein Mitglied der CSU, der Vorsitzende des "Gesundheitspolitischen Arbeitskreises" dieser Partei.

Im Schatten des großen Bruders vergleicht er die Straflosigkeit legaler Schwangerschaftsabbrüche mit den Massenmorden der Nazis in Auschwitz, die Nazis mit den



"Internationalen Sozialisten". "Nur" eine ungeheuerliche demagogische Geschmacklosigkeit im Kampf von Christsozialen um die Macht?

Nein, das ist mehr: Hier verfälscht ein CSU-Politiker in unglaublicher Weise die Geschichte und das ist besonders peinlich, nachdem seine Kollegen im Bundestag erst kürzlich beschließen wollten, die Henker dieses staatlichen Unrechtsregimes, die Auschwitz erst möglich machten, nicht weiter zu verfolgen.

Hier trampelt darüber hinaus ein Arzt, der als Mitglied des bayerischen Landesgesundheitsrates berufen wäre, bei der Verhinderung auch von Schwangerschaftskonflikten und damit möglichen Schwangerschaftsabbrüchen mitzuhelfen, auf Frauen in Not herum, denen zuvor eben zu wenig geholfen wurde - gerade in Bayern. Da benutzt einer, der demokratischer Politiker sein will, Worte als "Totschläger" gegen politische Gegner. Das ist unerträglich für Angehörige einer Generation, die nicht nur aus den Morden von Auschwitz, sondern auch aus den Entwicklungen gelernt haben sollen, die diese erst möglich machten.

Seit Holzgartners Äußerung gibt es zwar einzelne Stimmen in der CSU, die vor diesem Ausmaß an Hetze warnend die Stimme erheben. Gefordert ist jedoch ein anderer - Franz Josef Strauß - und das gleich in zweifacher Funktion: Der bayerische Ministerpräsident wird letztlich so einen Mann im bayerischen Landesgesundheitsrat nicht dulden können - wenn er seiner Verpflichtung als Ministerpräsident gerecht werden will. Und auch der CSU-Vorsitzende Strauß wird jeden Rest von Glaubwürdigkeit als geschichtskundiger, als demokratischer Politiker verlieren, wenn er diese Hetze auf sich beruhen läßt.

-/ 17.7.1979/hi/gat)

+

+

+



ASF-Bundesvorstand für vier Stellvertreter

Kandidatenfrage auch unter dem Aspekt der Bundestagswahlen 1980 erörtern

Von Karin Hempel-Soos

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

In der Diskussion um die Nachfolge von Hans Kosechnick zum stellvertretenden Parteivorsitzenden hat der ASF-Bundesvorstand auf seiner jüngsten Sitzung nicht nur die Unterstützung der Kandidatur von Anke Fuchs betont, sondern auch vorgeschlagen, die Zahl der Stellvertreter auf vier zu erhöhen. Die Vorstellungen der ASF sind noch nicht offiziell im Parteivorstand diskutiert worden, konnten aber mit zahlreichen Parteivorstandsmitgliedern erörtert werden und sind dort auf zunehmendes Interesse gestoßen.

- Der ASF-Bundesvorstand begrüßt die Diskussion im Parteirat zur Mandatsentflechtung sowie Arbeits- und Verantwortungsteilung auf mehr Schultern als bisher und sieht darin eine notwendige Verbesserung der Arbeitsleistung der SPD. Der ASF-Bundesvorstand möchte von dieser weisen Einsicht die Führungsspitze nicht ausgeschlossen wissen.

Was insgesamt die Verteilung beziehungsweise Umverteilung von Arbeit und Verantwortung auf mehr Schultern anbetrifft, sollten sich die männlichen Führungsgenossen nicht nur in ihren closed shops umsehen.

- Der bevorstehende Wahlkampf gegen Franz-Josef Strauß und die mit seiner Kandidatur zum Bundeskanzler verbundene Gefahr für unsere Demokratie (insbesondere für die Rechte der Frauen!), macht noch deutlicher als bisher, daß ein international außerordentlich engagierter Parteivorsitzender und ein mit Regierungsgeschäften voll ausgelasteter Stellvertreter nicht die notwendige Parteiarbeit auf den restlichen einen Stellvertreter delegieren können. Dies ist eine Aufgabe, die von niemandem zu leisten ist, auch nicht von der Favoritin der ASF, Anke Fuchs.
- Neben den bekannten Themen wie Kernenergie, internationaler Entspannung und Arbeitsmarktpolitik werden Familienpolitik und Fragen der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau weitere zentrale Punkte in der Wahlkampfauseinandersetzung sein.



Über die Hälfte der Wähler sind Frauen. Die SPD wird sich nach ihrer eigenen Aussage im Orientierungsrahmen mit daran messen lassen müssen, wie sie mit der Gleichberechtigung der Frauen in ihren eigenen Reihen ernst macht.

Auch unter diesem Aspekt findet die Kandidatur von Anke Fuchs immer breitere Unterstützung in der SPD über die ASF hinaus. Zum Beispiel haben Holger Börner, Erhard Eppler und Hans-Jürgen Wischnowski erklärt, nicht gegen Anke Fuchs kandidieren zu wollen, sehen aber auch gleichzeitig die Schwierigkeiten, die auf nur einen neu zu wählenden Stellvertreter zukommen.

- In diesem Zusammenhang hält die ASF auch nichts von einem dritten Stellvertreter. Dies sieht zu offensichtlich nach einem Sonderbalkon für einen weiblichen Vize beziehungsweise nach Augenwischerei aus. Dies sollte man(n) weder Anke Fuchs noch den anderen Stellvertretern antun.
- Die ASF ist der Auffassung, daß die Partei den Erhalt einer starken Führungsspitze auch in Zukunft nicht dem mehr oder weniger herbeigeführten Zufall überlassen soll.

Auch wenn der Parteivorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder darauf beharren sollten, die Personaldiskussion weiter hinter verschlossenen Türen oder gar nicht zu führen, machen sich die Parteimitgliedschaft sowie die veröffentlichte Meinung doch Ihre Gedanken.

Etwas mehr Transparenz, auch im Sinne von Vertrauensarbeit ist hier notwendig.

- Das Parteipräsidium ist ein mehr oder weniger anonymer Kreis. Die Genossinnen und Genossen, die sich für die Parteführung qualifiziert fühlen, können durch die Arbeit als einer der vier Stellvertreter diesen Beweis dann antreten. So könnten zum Beispiel Genossen wie Börner, Eppler, Matthöfer, Rau oder Wischnowski unter dieser Konstellation einer Arbeitsteilung der SPD zu größerer notwendiger Schlagkraft verhelfen.
- Die ASF macht diese Vorschläge in großer Sorge um die Partei, vor allem angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes. Sollte die SPD diese Wahlen verlieren, werden die Frauen wieder mal doppelt verloren haben. (-/17.7.1979/vo-he/gat)

+ + +

